

Politiker wollen das Fliegen verteuern

Der Druck der Strasse führt im Parlament zu einem Umdenken: Bürgerliche Ständeräte bringen die Flugticketabgabe wieder aufs Tapet. **Camilla Alabor und Andrea Kučera**

Es ist die Geschichte einer Wiederauferstehung. Eine Geschichte, die einige aussagt darüber, wie sich derzeit die Fronten in der Klimapolitik verschieben. Noch im Dezember bezeichnete FDP-Nationalrat Philippe Nantermod die Flugticketabgabe in seiner Kolumne in der Zeitung «Le Temps» als «unnütiges Gadget». So wie er sahen es damals fast alle Mitte-Rechts-Politiker: Der Vorschlag eines Klima-Aufpreises auf Flugbillette scheiterte im Dezember im Nationalrat am Widerstand von SVP und FDP. Die Weigerung der Bürgerlichen, den Flugverkehr stärker in die Pflicht zu nehmen, war einer der Gründe, weshalb das CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung durchfiel.

Nur einen Monat und drei Klimastreiks später hat der Wind gedreht - allein am Samstag vor einer Woche gingen Zehntausende für das Klima auf die

Strasse. «Einverstanden mit der Flugticketabgabe», schreibt Nantermod in seiner neuen Kolumne, «sofern im Gegenzug eine andere Steuer abgeschafft wird.» Ausgerechnet er, der die CO₂-Debatte im Nationalrat als «Klima-Zirkus» bezeichnet hatte, möchte nun Hand bieten für einen Kompromiss? «Die Abgabe entspricht offenbar einem Bedürfnis in der Bevölkerung», sagt Nantermod.

Bauern machen Druck

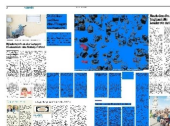
Support für den Klima-Zuschlag kommt auch von unerwarteter Seite: Der Bauernverband sprach sich in einem Schreiben an die Umweltkommission des Ständerats dafür aus, eine solche Abgabe ins CO₂-Gesetz aufzunehmen. Nach dem Scheitern im Nationalrat wird die Revision in der kleinen Kammer neu in die Wege geleitet. «Der Flugverkehr leistet einen zu grossen Beitrag an der Erderwärmung, als dass er keinen

spürbaren Beitrag leisten müsste», begründet Bauernpräsident Markus Ritter das Vorgehen. Die Chancen, dass der Appell der Bauern gehört wird, stehen gut: Mindestens 8 der 13 Mitglieder der vorberatenden Kommission sind eher oder sicher für eine Flugticketabgabe, wie eine Umfrage der «NZZ am Sonntag» zeigt.

«Ich werde mich klar dafür einsetzen», sagt etwa CVP-Ständerat Beat Vonlanthen. Noch deutlichere Worte findet Ratskollege Werner Luginbühl (BDP): «Es ist schlicht unsinnig, dass wir quasi gratis in der Welt herumfliegen und die negativen Konsequenzen völlig ausblenden.» Bei der Linken ist das Instrument ohnehin unbestritten: «Die heutigen Ticketkosten sind absurd tief - da sind im Ausland alleine die Autobahngebühren teurer», sagt SP-Ständerat Roberto Zanetti.

Kritiker sagen, eine nationale Flugticketabgabe sei nicht nötig, da die Flugbranche angekündigt habe, künftig klimaneutral zu wachsen. Kompensiert werden im Rahmen des Corsia-Abkommens allerdings nur die zusätzlichen Flugemissionen ab 2021, und die Teilnahme ist bis 2026 freiwillig. Immer mehr Politikern ist das zu wenig. Zu den Befürwortern einer Flugticketabgabe zählen auch zwei FDP-Kommissionsmitglieder: Damian Müller und Ruedi Noser. Ersterer hält das Instrument aber nur für wirksam, wenn der Aufpreis genügend hoch ausfällt. «Wenn ein Billigflug statt 50 neu 55 Franken kostet, reicht das nicht», stellt der Luzerner FDP-Ständerat klar. Müller hat die Verwaltung gebeten zu prüfen, ab welcher Höhe eine Abgabe tatsächlich eine Wirkung entfaltet. Noser denkt derweil bereits über die Verwendung der Einnahmen nach: Er will das Geld in die Förderung von CO₂-effizientem Fliegen investieren.

Während die Politik noch dis-



kutiert, ergreifen mehr und mehr Bürger selbst die Initiative und kompensieren die CO₂-Emissionen ihrer Flüge. Das zeigen die Zahlen der Stiftung Myclimate: Laut Sprecher Kai Landwehr wurde im Januar bei den Flug-Kompensationen ein Wachstum von 220 Prozent gegenüber Januar 2018 verzeichnet. Über das ganze Jahr 2018 hinweg wurden über Myclimate 32 000 Tonnen CO₂ kompensiert, was rund 14 000 Hin- und Rückflügen von Zürich nach New York entspricht. Die Stiftung bietet eine freiwillige

«Es ist schlicht unsinnig, dass wir quasi gratis in der Welt herumfliegen.»

Flugticketabgabe an und finanziert damit beispielsweise Projekte zur Aufforstung. Insgesamt macht nach wie vor erst ein Bruchteil der Flugreisenden von dieser Möglichkeit Gebrauch: Landwehr schätzt den Anteil auf rund 2 Prozent.

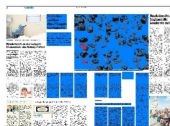
Der tiefe Anteil freiwilliger Kompensationen lässt indes nicht zwingend darauf schliessen, dass eine Abgabe in der Bevölkerung unpopulär wäre. Laut einer Tamedia-Umfrage vom Dezember 2018 befürworteten 70 Prozent der Befragten einen Aufpreis

von 12 bis 50 Franken pro Ticket, je nach Länge der Flugstrecke. Dies entspricht dem Aufschlag, der damals im Nationalrat zur Debatte stand.

Drohung mit Initiative

Zu reden geben dürfte in der ständerätlichen Kommission aber nicht nur die Höhe des Klima-Zuschlags, sondern auch die Frage, was mit den Einnahmen passieren soll. Der nationalrätliche Ansatz bestand darin, einen Teil davon für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu verwenden. Neu ist Nosers Vorschlag mit der Förderung von CO₂-effizientem Fliegen. Dieser stösst bei vielen Ständeräten auf Interesse, indes wünscht sich etwa CVP-Politiker Vonlanthen mehr Spielraum: «Das Ziel muss sein, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren - egal, in welchem Bereich.»

Ins Plenum kommt die Flugticketabgabe wohl im September, kurz vor den nationalen Wahlen. Um den Druck auf die kleine Kammer aufrechtzuerhalten, hat Grünen-Präsidentin Regula Rytz bereits die Lancierung einer Initiative angekündigt: «Wenn der Ständerat die Ticketabgabe nicht ins CO₂-Gesetz aufnimmt, werden wir sie auf dem Verfassungsweg einführen müssen», sagte sie dem «Blick». Das Klimawahljahr hat begonnen.



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 117'947
Erscheinungsweise: wöchentlich

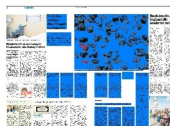
Seite: 8
Fläche: 123'962 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 72488823
Ausschnitt Seite: 3/4



In der Schweiz sind Flugreisen laut Zahlen des WWF für 18 Prozent der von Menschen verursachten CO₂-Emissionen verantwortlich: Passagiere am Flughafen Zürich. (15. Juli 2018)



Greta-Effekt

Sommaruga empfängt die Klimajugend

Die Politik erhört die Klimajugend: Umweltministerin Simonetta Sommaruga (sp.) hat eine Delegation von Jugendlichen der Klima-Bewegung zum Gespräch eingeladen. Das bestätigt Sprecherin Annetta Bundi: «Die Bundesrätin möchte sich aus erster Hand über die Anliegen der Jugendlichen informieren», schreibt Bundi. Sommaruga werde den jungen Leuten auch aufzeigen, wo die Schweiz beim Klimaschutz stehe und in welchen Bereichen unser Land vorwärtsmachen sollte. Das Datum des Treffens wird nächstens fixiert.

Sommaruga ist nicht die einzige Politikerin, die einen Schritt auf die Jugendlichen zu

macht. Das Parlament des Kantons Freiburg verabschiedete am Mittwoch eine Klima-Resolution mit folgendem Inhalt: «Mit dieser Resolution bringt der Grosse Rat seine Unterstützung für die jungen Freiburgerinnen und Freiburger zum Ausdruck, die sich für den Klimaschutz einsetzen und zum Wohle unseres Planeten eine tiefgreifende Änderung der Klimapolitik verlangen.» Zwei Wochen zuvor hatte der Grosse Rat des Kantons Waadt einen ähnlich lautenden Text der Grünen verabschiedet. Konkret wird in beiden Kantonen der Staatsrat aufgefordert, eine Delegation von Jugendlichen zu empfangen und deren Anliegen in

einen ambitionierten kantonalen Klima-Aktionsplan einfließen zu lassen.

Wie schwer es den Parlamentariern selbst fällt, diese Prinzipien in die Tat umzusetzen, zeigt ein anderer Entscheid, den der Freiburger Grosse Rat ebenfalls am Mittwoch fällte: Äusserst knapp sprachen sich die Parlamentarier dagegen aus, eine Obergrenze zu setzen für die Steuerabzüge, die Autopendler im Kanton Freiburg geltend machen dürfen. Der Staatsrat schlug als Grenze 15 000 Franken vor. Doch der Grosse Rat wollte von einer Plafonierung nichts wissen. Vielfahrer werden somit weiterhin steuerlich belohnt. (aku.)